
"Unterstützer des Volksbegehrens schießen ein klassisches Eigentor"

05.04.19 | Berlin

"Unterstützer des Volksbegehrens schießen ein klassisches Eigentor"

Wer Immobilienkonzerne enteignen will, ist für steigende Mieten verantwortlich, warnt UVB-Hauptgeschäftsführer Amsinck

UVB-Hauptgeschäftsführer Christian Amsinck warnt davor, das Volksbegehren "Deutsche Wohnen & Co." zu unterstützen. „Die Unterstützer des Volksbegehrens sind dabei, ein klassisches Eigentor zu schießen. Das Ergebnis der Initiative werden nicht sinkende, sondern weiter steigende Mieten sein. Investoren, denen die Politik mit Enteignungen droht, sind schon jetzt in großer Sorge. Sie werden in Zukunft einen großen Bogen um Berlin machen und lieber woanders bauen.“

Jahrelange Auseinandersetzungen vor Gericht

Amsinck weiter: "Als Folge werden Angebot und Nachfrage auf dem Wohnungsmarkt noch weiter auseinanderklaffen. Dieser Zustand wird über Jahre anhalten, denn dass sich die Immobilienunternehmen vor Gericht gegen Enteignungen wehren, ist so sicher wie das Amen in der

Das Geld für Enteignungen habe Berlin ohnehin nicht, urteilte der Hauptgeschäftsführer. "Das Land müsste noch mehr Kredite aufnehmen – zusätzlich zu den schon bestehenden 57 Milliarden Euro Schulden. Alle Konsolidierungserfolge der vergangenen Jahre wären mit einem Schlag dahin. Gleichzeitig würde der Spielraum des Senats für den Bau von Wohnungen, Schulen, Kitas und Infrastruktur entscheidend eingeschränkt. Das wäre unsozial und gefährlich für die Zukunft der Hauptstadt."

UVB: Nicht Konflikte schüren, sondern Konsens für Neubau suchen

Die Unternehmensverbände plädieren für einen anderen Weg. "Gegen Wohnungsmangel und steigende Mieten hilft nur eins: Wir brauchen ein breites Bündnis von Immobilienwirtschaft, Bauunternehmen und Politik, das rasch und unbürokratisch den Weg für mehr Neubau frei macht. Das Problem lösen wir nicht im Konflikt, sondern nur im Konsens", befand Amsinck.

Warum Enteignungen für weiter steigende Mieten sorgen würden und damit unsozial wären - UVB-Hauptgeschäftsführer Christian Amsinck erklärt die Gründe.

Disclaimer

Die Unternehmensverbände Berlin-Brandenburg (UVB) sind die Stimme der Wirtschaft in der Hauptstadtregion. Wir stehen für 60 Mitgliedsverbände aus allen wichtigen Branchen, von der Autoindustrie bis zur Startup-Branche. Als Landesvereinigung der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA) und Landesvertretung des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI) setzen wir uns für die Belange der regionalen Wirtschaft auf Bundesebene ein. Unser ordnungspolitisches Leitbild ist die Soziale Marktwirtschaft mit einem funktionierenden Wettbewerb. Für uns sind unternehmerische Freiheit, ökonomische Leistungsfähigkeit und Verantwortung für das Gemeinwohl untrennbar miteinander verbunden.

-
- [Auf Xing teilen](#)
 - [Auf Facebook teilen](#)
 - [Auf X teilen](#)
 - [Auf LinkedIn teilen](#)

 - [Drucken](#)
 - [Als PDF speichern](#)

Ihr Ansprechpartner für das Thema Wirtschaftspolitik

Stellvertretender Hauptgeschäftsführer

Sven

Weickert

Telefon:
+49 30 31005-141

Telefax:

+49 30 31005-240

E-Mail:

Weickert [at] uvb-online.de

[Download VCF](#)

Pressekontakt

Abteilungsleiter Presse und Kommunikation, Pressesprecher

Carsten

Brönstrup

Telefon:
+49 30 31005-114

Telefax:

+49 30 31005-166

E-Mail:

Broenstrup [at] uvb-online.de

[Download VCF](#)